

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 10, 16. Mai 2002

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum
berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10995 berlin
fon | fax: 030 . 611 62 49
mail@apabiz.de | www.apabiz.de

Einblicke

Brandgefährlich

Von Heiner Lichtenstein

Anschläge auf Synagogen in Berlin, abgesagte jüdische Feiern in Köln wegen Sicherheitsproblemen, dreifache Kontrollen bei der Eröffnung der jüdischen Kulturtage in Düsseldorf, Verwüstungen in einer Londoner Synagoge, jüdenfeindliche Hassparolen von Fußballfans im niederländischen Utrecht, Brandattentate auf jüdische Einrichtungen in Frankreich – steht der Kontinent vor einer europäischen Pogromnacht? Die Antwort lautet weder ja noch nein – vorläufig.

Dass sich etwas höchst Gefährliches zusammengebraut hat, steht indes fest. Gegenwehr kommt jetzt nur von den Juden selbst. Sie tun das Einzige, was sie vermögen: Sie protestieren. Unterstützt werden sie allenfalls verbal. Der Staat verstärkt die Bewachung jüdischer Einrichtungen, Solidarität verlangt aber mehr. Das gilt in erster Linie für die Bundesrepublik, die Rechtsnachfolgerin des Terrorregimes. Hier hat schließlich vor 70 Jahren alles begonnen, von hier stammen die Pläne zur „Endlösung“, hier wurde der Völkermord vollstreckt. Also müssten von Deutschland die überzeugendsten Solidaritätsaktionen kommen. Das ist bis jetzt aber leider noch nicht der Fall. Deshalb ist zu fragen, wie lange der Bundestag und die Landtage noch warten wollen, ehe sie diese brandgefährliche Entwicklung auf ihre Tagesordnungen setzen? Es droht nämlich auch Schaden für die Beziehungen zwischen Berlin und Washington. In den USA ist längst vom alten, neu erwachten europäischen Antisemitismus die Rede. Als sich jüngst die wohl einflussreichste jüdische Lobby im Schatten des Weißen Hauses traf, kamen 50 von 100 Senatoren, fast 100 Kongressabgeordnete und mehr als ein Dutzend Minister der Regierung von Präsident Bush. Das war auch als Signal an die Welt und speziell an Europa zu verstehen. Juden in Europa werden sich nicht noch einmal abschlagen lassen. Sie haben jetzt nämlich einen Staat, der ihnen offen steht und der sie schützt. Das sollte auf dem „Alten Kontinent“ nicht unterschätzt werden, der sich zu isolieren droht.

Peinlich unterbesetzt

Ronald Schill spricht sich gegen ein Antreten seiner Partei bei den Bundestagswahlen im Herbst aus.

Seite 2 ■

Breite Mobilmachung

In Leipzig wollen Rechte aller Schattierungen gegen die so genannte Wehrmachtausstellung protestieren.

Seite 3 ■

Faible für NS-Symbolik

Die rechten Neofolkbands „Death In June“ und „NON“ waren auf Europatournee.

Seite 4 ■

Braune Hetzlieder

Berliner Sicherheitsbehörden beschlagnahmten die frisch produzierte CD der Skinhead-Band „Deutsch, Stolz und Treue“.

Seite 5 ■

Westerbork – Auschwitz

Vor 60 Jahren begannen in den Niederlanden die Deportationen der Juden in die Vernichtungslager.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlöffel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Grauzone

Teilnehmermangel

Der PRO-Parteitag in Hamburg endete vorzeitig – Schill spricht sich gegen ein Antreten zur Bundestagswahl aus.

Die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) musste ihren zweiten Bundesparteitag am 11. Mai in Hamburg bereits nach der Eröffnungsrede des Vorsitzenden und Namenspatrons Ronald Schill abbrechen. Der Grund: Teilnehmermangel. Um eine Beschlussfähigkeit herzustellen, so der Vorstand, hätten mindestens 25 Prozent der 5140 stimmberechtigten Parteimitglieder anwesend sein müssen. Das erforderliche Quorum wurde mit 1135 erschienenen Mitgliedern um 150 unterschritten. Der Bundesvorsitzende Ronald Barnabas Schill machte die sommerlichen Temperaturen für die peinliche Unterbesetzung verantwortlich, kritisierte aber auch die Disziplinlosigkeit der Parteimitglieder, die „jetzt an der Ostsee in den Strandkörben liegen“. Laut PRO-Satzung wären sogar 50 Prozent der Mitglieder zur Herstellung der Beschlussfähigkeit des Parteitages von Nöten gewesen. Der mit dem Widerspruch konfrontierte PRO-Sprecher Marc März beharrte aber auf der Richtigkeit der 25-Prozent-Marke und konnte sich den in der Satzung verankerten „formalen Fehler“ nicht erklären. Wie auch immer – die vor knapp zwei Jahren von dem Juristen Schill gegründete PRO muss politisches Lehrgeld bezahlen und einen weiteren Parteitag einberufen, der dann „ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig“ sein wird.

In seiner umjubelten Rede eingangs des Parteitages lobte Schill die PRO für ihre „Politik aus ehrlichem Herzen“ und holte zum gewohnten Rundumschlag gegen Berufspolitiker, Ausländer und den „laschen Strafvollzug“ aus. Im Fokus des Schillschen Zorns stand die Bundesregierung, die den Staat zum „Selbstbedienungsladen verantwortungsloser Politiker“ degradiert habe, die Wähler als „Beute“ betrachte und mit „deutschen Steuergeldern durch die Krisengebiete zieht, um Leute hierher zu holen.“ Durch die „unkontrollierte Einwanderung nicht integrierbarer Ausländer“, wettete Schill, „wird Arbeitslosigkeit importiert und der Wohlstand unseres Landes verfrühstückt“. Die Zahl der Ausländer in Deutschland habe sich seit 1972 verdoppelt, die der in Lohn und Brot stehenden ha-

be hingegen um 90 Prozent abgenommen. Eine Quelle für diese Behauptung blieb der Redner schuldig. Schill plädierte für die Ausweisung der hier zu Lande ansässigen „32 000 fundamentalistischen Islamisten“, die er mit den Mordanschlägen auf deutsche Touristen in Tunesien in Verbindung brachte: „Die hassen uns, wir müssen uns ihrer entledigen, um selbst am Leben zu bleiben.“

Ein anderes zentrales Thema der einstündigen Rede war die Ausdehnung der PRO auf Bundesebene. Der amtierende Hamburger Innensenator lehnte die Teilnahme der PRO an den Bundestagswahlen ab. Wirtschaftliche, organisatorische, finanzielle und personelle Gründe sprächen dagegen. Vor allem aber reiche die Zeit bis zur Wahl nicht, um die Fünf-Prozent-Hürde zu schaffen. Der beurlaubte Amtsrichter warnte seine Partei davor, dem konservativen Lager um Edmund Stoiber Stimmen abzunehmen und somit als „Steigbügelhalter für Gerhard Schröder“ zu fungieren. Sollte die PRO auf dem Nachfolgeparteitag dennoch entscheiden, zur Bundestagswahl anzutreten, steht Schill – nach eigenen Worten – „definitiv nicht als Kanzlerkandidat“ zur Verfügung.

Ein Thema, das Schill gerne aufgreift, ist die Abgrenzung seiner Partei zum rechten Rand. Zwar absorbierte die PRO bei der Bürgerschaftswahl 2001 nahezu alle Stimmen aus diesem Lager, ehemalige Funktionsträger heißt er aber nicht willkommen: „Ich will keine Rechtsradikalen in der Partei. Das würde mich persönlich treffen“, betonte er an dem Sonabend und erging sich in Verschwörungstheorien: Da die Gegner der PRO mit allen Mitteln versuchten, seine junge Partei mit dem Stigma des Rechtsradikalismus zu behaften, sei zu erwarten, dass „andere Parteien Leute in die Landeslisten einschleusen, die uns schaden“.

Weil die Schill-Partei eine kritische Berichterstattung im Fall der Unterwanderung durch politische Rechtsausleger fürchtet, erhielten die Medienvertreter zu Beginn des Parteitages eine Pressemappe, in der noch einmal die „Ausschlusskriterien“ hervorgehoben wurden. Wer Anhänger der Scientology-Organisation ist, darf der PRO nicht beitreten. „Gleiches gilt für ehemalige Mitglieder der Parteien DVU, NPD, Republikaner, Bund Freier Bürger oder ähnlicher rechter Splitterparteien“, heißt es weiter im Text. „Ein nachträgliches Bekanntwerden einer bei Eintritt verschwiegene ehemaligen Mitgliedschaft in den genannten Organisationen führt zum Parteiausschluss.“ *Volker Stahl*

Aktivitäten**„Wanderzirkus“**

In Leipzig machen Freie Nationalisten, NPD sowie eine Bürgerinitiative gegen die Wehrmachtsausstellung mobil.

Es ist fast schon das gewohnte Ritual: Wenn im Juni die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ in Leipzig in der Alten Messe Station machen wird, will die extreme Rechte aller Schattierungen dagegen mobil machen. Auch nach der Überarbeitung des Konzepts und der Exponate der erfolgreichen Dokumentation provoziert diese die Reaktionen von offenen Neonazis, der Grauzone rechts von den Unionsparteien, Vertriebenenverbänden, Burschenschaften und sämtliche konservativen und nationalistischen Gruppierungen. Seitdem in München der CSU-Politiker Peter Gauweiler als Tabubrecher für das konservative Spektrum gewirkt hatte und wenig später der NPD dort ihr größter Mobilisierungserfolg zu einer Demonstration seit Jahrzehnten gelungen war, haben die Neonazis die sich bietende Chance erkannt, über die eigenen Lagergrenzen hinweg zu wirken.

Der Erfolg dabei ist recht unterschiedlich. Bei der letzten Station der Ausstellung in Bielefeld zeigten zwei Demonstrationen, dass einerseits Ermüdungserscheinungen in der Szene sogar bei diesem Thema zu verzeichnen sind, andererseits die Vielfalt besonders des örtlichen Begleitprogramms entscheidend für die Gewinnung zusätzlicher Interessenten ist. Dieser Trend scheint sich fortzusetzen. So versuchte die Junge Landsmannschaft Ostpreußen in Dresden anlässlich des 8. Mai einen Flüchtlingstreck nachzustellen. Knapp 50 Personen verloren sich auf dem Theaterplatz in der sächsischen Landeshauptstadt, um der Rede von Klaus Menzel (Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands) zu lauschen.

Mehr Erfolg rechnet sich eine Leipziger Gruppierung aus, die unter dem symbolträchtigen Namen Crawl e.V. auftritt, mit einer eigenen Webseite und einem E-Mail-Newsletter, der über Aktualitäten im Umfeld der Ausstellung und der geplanten Gegenaktivitäten berichtet. Das zur Homepage gehörende Gästebuch hat man vorsichtshalber bereits wieder gelöscht. Angeblich ist dies geschehen, um die zahlreichen unliebsamen Einträge von gegneri-

schen Besuchern der Seite zu verhindern. Der tatsächliche Grund dürfte eher in dem Umstand zu suchen sein, dass gerade diejenigen, die sich dem Anliegen der Crawl-Initiatoren verbunden fühlen, in ihren Positionen zu eindeutig als Neonazis auszumachen waren. Mit Neonazis jedoch hat die Leipziger Gruppe angeblich nichts zu schaffen.

„Crawl meint in keinsten Weise Gewalt“, heißt es in einer Selbstdarstellung. Crawl steht für Contra Anti-Wehrmachtsausstellung Leipzig. Mit dieser werde eine Form von psychischer Gewalt auf unser Volk ausgeübt, über ihren Gegnern drohe die schwebende Faschismuskeule. Man selbst lehne Gewalt in jeder Form ab, gibt sich seriös. Die Werbung für die „Junge Freiheit“ auf der Startseite der Internetpräsenz verweist allerdings auf die politische Ausrichtung. Als Kontaktperson der Initiative dient Jörg Krause. Der Leipziger Vorsitzende der Jugendorganisation der DSU, als Partei auch im Stadtparlament vertreten, machte soeben mit der Ankündigung einer Veranstaltung auf sich aufmerksam, mit der für den Wiederaufbau der Paulinerkirche geworben werden soll. Krause soll über gute Kontakte zu Alfred Mechttersheimer verfügen, der ebenfalls mit Aktivitäten gegen die Ausstellung Vernichtungskrieg hervorgetreten war.

Krause und seine Kameraden besuchten zwar die Demonstration in Bielefeld gegen den „Wanderzirkus“, so die eindeutige Formulierung, wollen jedoch mit der NPD und den Freien Nationalisten, die in Leipzig gegen die Wehrmachtsausstellung marschieren wollen, nicht in einen Topf geworfen werden. Der Hamburger Neonazi Christian Worch hatte bereits nach der missglückten Demonstration am 6. April angekündigt, dass er am 8. Juni wiederkommen wolle, um einen erneuten Aufmarschversuch zu unternehmen. Bisher hatte er mit seinen Anhängern das gesetzte Ziel Völkerschlachtdenkmal nie erreicht. Das soll der NPD nicht passieren. Sie will ihre Demonstration am 8. Juni dort beginnen und an der Alten Messe enden lassen.

Crawl will sich mit Infoständen und Happenings als Protest begnügen, setzt auf Bündnisfähigkeit. Allerdings können Verbindungslinien zum Vokabular der extremen Rechten nicht übersehen werden. Klaus Wowereit wird als „Bürgermeister vom warmen Berlin“ denunziert, auch der Agitation gegen den 8. Mai schließt man sich an. Die CDU, auf die man als Verbündete hoffte, wird inzwischen kritisiert, da sie einen Antrag im Stadtrat gegen die Ausstellung zurückgezogen hat. *Volkmarr Wölk*

Aktivitäten**„All Pigs must die“****Die rechtslastigen Neofolkbands „Death In June“ und „NON“ auf Europatournee.**

Wien und Bucha waren diesmal die Stationen, wobei die Auftritte – das Motto lautete „All Pigs must die“ – nicht ohne Schwierigkeiten über die Bühne gingen. Das Österreich-Konzert sollte eigentlich in Salzburg stattfinden, wurde dann jedoch nach Wien in den Club „Monastery“ verlegt. Der Name des deutschen Veranstaltungsorts wurde, wohl aus Angst vor unangenehmen Gegendemonstrationen, lange geheim gehalten und auf den Webseiten der Szene erst unmittelbar vor dem Konzert bekanntgegeben. Vorher war nur andeutungsweise von „Mitteldeutschland“ die Rede. Im Chemnitzer „Kraftwerk“ wollten die rechten Grufties ursprünglich ihr zweifelhaftes Liedgut zum Besten geben – daraus wurde jedoch nichts. Den Bands wurden die Räume gekündigt, nachdem die „Freie Presse“ auf das geplante Konzert aufmerksam gemacht hatte. Der Auftritt fand schließlich am 27. April im Gasthof „Zum Nussbaum“ in Bucha bei Jena statt, kein unbekanntes Terrain für die Bands, bereits 1998 wurde dort ein Konzert organisiert, bei dem, neben weiteren Gruppen, „Death In June“ und „Boyd Rice“ (=NON) ein Gastspiel gaben.

„Nachdem der DI6-Termin am 26. April in Salzburg ja ausfällt hat sich das Team von Monastery, Herrn Albin Julius und meiner Wenigkeit entschlossen, unseren heimischen Fans kurzfristig auch die Möglichkeit zum Besuch dieses Kultacts zu ermöglichen“, schrieb ein gewisser Pegasus in einem österreichischen Gothic-Forum. DI6 ist die szeninterne Abkürzung für die Briten „Death In June“, die sich in ihrem Namen auf den auf Hitlers Anordnung im Juni 1934 ermordeten SA-Führer Ernst Röhm beziehen und regelmäßig wegen ihrer Vorliebe für NS-Symbolik und -Ästhetik in die Kritik geraten. Kopf der Band ist Douglas Pearce. Mitveranstalter Albin Julius hat sowohl mit „Death In June“ als auch mit dem US-Amerikaner Boyd Rice, der für seine sozialdarwinistischen Äußerungen bekannt ist, bereits in der Vergangenheit zusammengearbeitet. Julius verwendet für sein Soloprojekt „Der Blutharsch“ die Sig-Rune als Symbol und betreibt das Label WKN (=Wir Kapitulieren Niemals). Pegasus, der auch als Skullfest in Erscheinung tritt, gibt im Forum auf lichttaufe.de

(Domaininhaber: Christian Kapke/Jena) den deutschen Veranstalterkollegen Tipps, wie der Kündigung von Veranstaltungsorten zuvorzukommen ist: „Entweder, man hat einen wirksamen Vertrag, der es dem Ort sehr teuer machen würde, wenn er ohne rechtlichen Rückhalt von dem Auftritt wieder Abstand nimmt, oder man hat eben von vornherein einen Veranstaltungsort, der weiß, worum es geht und nicht umfällt (so war es bei uns).“ Weiters wirbt er für Offenheit: „Ich bin für Aufklärungsarbeit bei den Veranstaltungsorten und bei der Presse und für Zusammenarbeit mit den Behörden.“ Wenn man weiterhin den Weg des Versteckens gehe, werde es immer schwerer, Veranstaltungen dieser Art durchzuziehen. Die Besucher des Wiener Konzerts warnt er: „JEDER, der im Lokal meint für Radau sorgen zu müssen (ob nun mit Hitlergruß, Schreiparolen oder Gewaltanwendung) wird kommentar- und diskussionslos des Lokales verwiesen und hat gegebenenfalls mit einer Anzeige zu rechnen.“ Im Vorfeld des Deutschland-Konzerts wurden die Fans gebeten, bei der Kleidung auf „Military-Firlefanze“ zu verzichten.

■ „Sig“-Rune als Symbol ■

Die telefonische Voranmeldung für Bucha lief über Las e.V., ein Dresdner Veranstalter, der regelmäßig Auftritte rechter Gothicgruppen in der Region organisiert, zuletzt ein „Blutharsch“-Konzert. Las alleine scheint das Konzert indes nicht auf die Beine gestellt zu haben, „...letztendlich konstituierte sich eine Art Notverwaltungsapparat, da das Konzert zwischenzeitlich ganz zu scheitern drohte (...)“, hieß es im lichttaufe-Forum. Ein Diskutant meinte, es sei „nicht die klügste Wahl, sich ins Ghetto zurückzuziehen und klammheimlich Auftritte zu organisieren (...)“. Und weiter: „Wir sollten uns nicht daran gewöhnen, dass die Konzerte nur noch unter solchen Umständen stattfinden können (...)“.

Festzustellen bleibt, dass Auftritte von rechten Gothicbands verstärkt in der Region Chemnitz/Jena organisiert werden. So war am 30. März „Der Blutharsch“ in Sachsen zu Gast. Albin Julius trat schließlich im „Goldenen Anker“ in Marbach auf, nachdem dem Veranstalter der ursprünglich vorgesehene Auftrittsort in Claußnitz gekündigt worden war. Am 4. Mai gaben sich „Genocide Organ“ und die „Grey Wolves“ die Ehre und gastierten in Glauchaus „Alter Spinnerei“. Der Titel einer „Genocide Organ“-Scheibe: „The truth will make you free“.

Magnus Bosch

Aktivitäten**NS-Verherrlichung****Neue CD der Band „DST“ beschlagnahmt**

Die Polizei in Berlin und Brandenburg hat fünf Mitglieder der Skinhead-Band „Deutsch, Stolz und Treue (DST)“ sowie sieben Personen aus dem Umfeld vorläufig festgenommen. Rund 500 Exemplare der gerade erst produzierten CD „Ave et victoria“ wurden beschlagnahmt. Das ist vermutlich die Hälfte der gesamten Auflage, die im europäischen Ausland hergestellt wurde.

In den 13 Songs der CD verherrlicht „DST“ den Nationalsozialismus, leugnet den Holocaust und propagiert den Mord an Juden, Ausländern und Politikern. So heißt es in dem Lied „NS-Macht“: „Schlagt sie nieder, haut einfach drauf, legt sie in Ketten und hängt sie auf, erst wenn das Pack sein Blut sieht, weiß es genau, die NSDAP siegt.“ Außerdem sind Ausschnitte von Reden Adolf Hitlers und anderer Nazi-Größen zu hören.

Die Staatsanwaltschaft wirft den zwölf Rechtsextremisten im Alter zwischen Anfang 20 und Mitte 30 Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vor. Geprüft wird, ob die Band und ihre Unterstützer als kriminelle Vereinigung einzustufen sind. Mit falschen Angaben auf dem Cover der CD versucht „DST“, der Strafverfolgung zu entgehen. So steht unter einem Reichsadler mit Hakenkreuz, die Songs seien 1996 aufgenommen worden. Damit wären einige Delikte verjährt. Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden hat die Band die CD „Ave et victoria“ Anfang 2002 produziert.

Ein Beleg findet sich in dem Fanzine „Donnerschlag“. 2001 kündigten Mitglieder der Gruppe im Interview an, eine neue CD zu produzieren. „Zur Aufnahme werden wir wieder ein Studio im Ausland aufsuchen, von wo die Scheibe auch vertrieben wird“, heißt es auf die Frage, wann von „DST“ weiteres „Material“ zu erwarten sei.

Die Band ist wegen ihrer brutalen Songs in der rechten Szene bundesweit populär. Zwischen 1999 und 2001 trat sie bei etwa zehn Konzerten auf. „DST“ zählt offenkundig zum Umfeld des Skinhead-Netzwerks „Blood&Honour“. Den deutschen Ableger hat Otto Schily im September 2000 verboten. Dennoch erschien später noch ein Sampler der Sektion „B&H Brandenburg“, auf dem „DST“ mit dem Song „Verrat“ vertreten ist. Der Titel findet sich auch auf der neuen CD. *Frank Jansen*

Ausland**Österreicher zuerst****In der Alpenrepublik hat sich eine Nationaldemokratische Partei gegründet.**

Seit Anfang April gibt es jetzt eine Nationaldemokratische Partei Österreichs (NPÖ). Vorsitzender und Sprecher ist der 23-jährige Gregor Maierhofer aus dem Raum Hartberg. In ihrem Acht-Punkte-Programm plädiert die NPÖ für eine „nationale Volksgemeinschaft“, die Nicht-Österreicher ausschließt. Sozialpolitik bedeutet schließlich für die NPÖ „Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen“. Arbeitsplätze, so heißt es im Programm, „sind zuerst an Österreicher zu vergeben“. Gefordert wird die „Wiedereinführung der Todesstrafe bei schweren Fällen“. Die neue rechtsextreme Partei will gegen den „zunehmenden Ausländerstrom“ auftreten und fordert eine Prüfung der Wiedereinführung des Schillings.

Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden zufolge soll der notorische Rechtsextremist und Holocaust-Leugner Herbert Schweiger (Jg. 1924) den Aufbau der NPÖ betreiben. Schweiger, einst SS-Untersturmführer der Division „Leibstandarte Adolf Hitler“, ist seit Jahren der beliebteste Kampfredner auf Veranstaltungen und Kongressen der deutschen NPD und deren Jugendorganisation JN. 1967 war der Ewiggestrige Mitbegründer der NDP, dem damaligen österreichischen Ableger der NPD. In ihrem Grundsatzprogramm traten die österreichischen Nationaldemokraten „für die geistige und kulturelle Einheit des Volkes und den Schutz seiner biologischen Substanz“ ein. 1988 wurde die NDP in Österreich wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verboten.

Sowohl NPD als auch NPÖ bestreiten, dass ein Zusammenhang zwischen ihren Parteien existiere. Dem spricht allerdings entgegen, dass die NPD-Führung lautstark in den letzten Jahren über die erneute Gründung eines NPD-Ablegers in der „Ostmark des Deutschen Reiches“ nachgedacht hat. Im August 2000 sagte der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin FORMAT, es gebe in Österreich einen großen Bedarf für eine Partei wie die NPD. Das nächste Treffen der NPÖ, die demnächst bei Kommunalwahlen kandidieren will, soll am 25. Mai im Raum Hartberg stattfinden. *Anton Maegerle*

Verfassungsschutz**„Die Szene wächst“**

Schleswig-Holsteins Verfassungsschutz registriert den Anstieg bei den militanten Rechten mit Sorge.

Gute Nachrichten und eine schlechte zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein: Die Szene ist im Jahr 2001 zwar nicht größer geworden, die Gewaltbereitschaft aber nach wie vor hoch. Alarmierend ist die Zahl der Skinheads, die deutlich anstieg – von 300 im Jahr 1999 auf 470 im vergangenen Jahr. Der parteiungebundene Rechtsextremismus verlor an Bedeutung: NPD und DVU büßten zusammen 170 Aktivisten ein, die Republikaner stagnierten mit 100 auf einem bescheidenen Niveau. Die Gesamtzahl der rechten „Kundschaft“ des Verfassungsschutzes betrug – wie im Jahr zuvor – 1450 Personen.

Das vorliegende Zahlenmaterial sei kein Grund zur Entwarnung, meinte Innenminister Klaus Buß (SPD) anlässlich der Präsentation des aktuellen Berichts: „Nach meiner ganz festen Überzeugung ist die rechtsextreme Szene die gefährlichste.“ Sie wachse stetig und verfüge im Vergleich zum Links- und Ausländerextremismus über das am besten nutzbare Netzwerk. Dabei hat der Rechtsextremismus sein Gesicht im Land zwischen Nord- und Ostsee in den vergangenen Jahren stark verändert. Während traditionelle Parteien vor allem bei Jüngeren kaum noch punkten könnten, so der Verfassungsschutz, sei eine „Jugend-Subkultur“ entstanden, in der der historische Nationalsozialismus enttabuisiert werde und gleichzeitig als Legitimation für die Auswüchse einer neuen Alltagskultur diene. Deren Merkmale sind Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Hass auf die bürgerliche Gesellschaft. In diesem Fahrwasser segeln politische Aktivisten, die aus den Mitte der 90er Jahre verbotenen neonazistischen Organisationen stammen. In der Folge entstanden unter der Federführung von Neonazis wie dem Hamburger Thomas Wulff Zusammenschlüsse ohne vereinsrechtliche Basis. Diese so genannte „Bewegung“ zur Stärkung des „Nationalen Widerstands“ stieß vor allem in der zusammengewürfelten rechtsextremen Skinhead-Szene auf Resonanz. „Die daraus entwickelte Idee der ‚Freien Nationalisten‘ ist die geistige Klammer fast aller Kameradschaften“, heißt es im aktuellen Bericht des Landesverfassungsschutzes.

Wenig erstaunlich ist daher, dass die Skinheads einen Zuwachs von 300 (1999) auf 470 (2001) Anhänger verzeichnen konnten. Im Jahr 2000 waren es noch 360. „Was dort in Cliques als fremdenfeindliche Gewalt beginnt, wird später in rechtsextremistisch verfestigten Gruppen als Kampf der weißen Rasse fortgeführt“, skizzierte Minister Buß die fehlgeleitete Sozialisation der Jugendlichen. Die neonazistischen Kameradschaften und die NPD seien im Anschluss für die Ideologisierung zuständig. Die höben die diffusen Anschauungen auf die Ebene des „politischen Kampfes um Deutschland“ (Buß). In Schleswig-Holstein sind zurzeit 20 Kameradschaften aktiv mit den regionalen Schwerpunkten Hamburger Umland, Neumünster, Kiel und Lübeck. Als „Steuerungsinstrumente“ dieser „Organisationen ohne Organisation“ haben die Schlapphüte das Aktionsbüro Norddeutschland, das „Freie Infotelefon“ die Zeitschrift „Zentralorgan“ und diverse Internet-Portale ausgemacht.

Als Anlaufpunkt dient weiter der „Club 88“ in Neumünster. Zur Feier des fünfjährigen Bestehens im September 2001 waren 500 Gesinnungsfreunde aus ganz Europa angereist. Zu einer Hochburg gewalttätiger neonazistischer Umtriebe hat sich die im Hamburger Speckgürtel gelegene Stadt Pinneberg entwickelt. Ihr Anführer Klemens Otto habe sein Fußvolk auf eine „militante Ausrichtung“ eingeschworen. Als Vorbild dient die englische Neonazi-Organisation Combat 18, die „direkte Aktionen“ gegen politische Gegner und den Staat“ predigt. Auf das Konto gewaltbereiter Rechter gehen 577 Straftaten, darunter 66 Gewalttaten. „Gewaltbereitschaft durchzieht die gesamte Skinhead-, Neonazi- und NPD-Szene im Land“, malt der Verfassungsschutz ein düsteres Bild.

Sorgen bereitet den Beobachtern die Entwicklung bei der NPD, die sich im nördlichsten Bundesland zu einer neonazistischen Organisation gewandelt hat. „Die jüngeren Kräfte aus dem Umfeld der Hamburger Thomas Wulff und Christian Worch, die offen nationalsozialistische Kampfformen anstreben, übernahmen den Landesverband“, so Minister Buß. Der Landesverband schrumpfte allerdings von 220 auf 150 Mitglieder. Die NPD setzt jetzt auf den „Kampf um die Straße“ und führte zahlreiche Veranstaltungen mit nicht organisierten Neonazis durch. Der schleswig-holsteinische Landesgeneralsekretär Jürgen Gerg und der Landesvorsitzende Peter Borchert sind die Bindeglieder zum „freien neo-nationalsozialistischen Lager“ um Wulff und Worch.

Volker Stahl

Hintergrund

Falsche Freunde

Rechtsextreme nutzen den Nahostkonflikt für ihren Antisemitismus aus – Palästinenser beginnen, sich von den ungeliebten Unterstützern zu distanzieren.

„Endlösung, Phase 2“ hieß Ende April die Schlagzeile über einer Kolumne der einflussreichen „Washington Post“. Der Autor sah in verschiedenen europäischen Staaten eine neue antisemitische Welle am Werk, deren Dimensionen nur mit dem Antisemitismus in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts vergleichbar sei. Doch es war nicht nur der Kolumnist der „Washington Post“, der diese Befürchtungen teilte. Bundesaußenminister Fischer, der am April den USA einen Besuch abstattete, erklärte nach seiner Rückkehr, er sei von verschiedenen Politikern auf die Gefahr eines neuen Antisemitismus in Europa angesprochen worden.

Wer die Zeitungen der letzten Monate durchblättert, wird auf zahlreiche meist kleine Meldungen stoßen, in denen über Angriffe auf Jüdinnen und Juden berichtet wird. Allein in Berlin hat es mehrere tätliche Überfälle auf als Juden erkennbare Passanten gegeben. Am Abend des 14. April wurden zwei Jüdinnen in einer U-Bahn im Stadtteil Neukölln von zwei Männern beleidigt und geschlagen. Die Täter rissen der jungen Frau eine Kette mit einem Davidstern vom Hals, nachdem sie die Frage, ob sie Jüdin sei, bejaht hatte. Als die Mutter der Angegriffenen helfen wollte, wurde sie ebenfalls ins Gesicht geschlagen. Die Täter konnten fliehen. Auf dem Wittenbergplatz wurde am 9. April eine Veranstaltung zum jüdischen Holocaust-Gedenktag Yom Hashoah durch Zwischenrufe gestört. Am Ostersonntag wurden auf dem Kurfürstendamm zwei orthodoxe Juden angepöbelt und verprügelt. Auch in diesem Fall blieben die Täter unerkannt. War es vor wenigen Jahren noch ganz klar, dass die Täter im neonazistischen Umfeld zu suchen sind, sind heute auch arabische Jugendliche an antisemitischen Delikten beteiligt.

Rechtsextreme Kreise wiederum nutzen den Nahost-Konflikt, um ihren Antisemitismus mit aktuellen Motiven aufzuladen. Dabei ist es für Neonazis auch kein Problem, mit den ansonsten bekämpften Arabern gemeinsame Sache zu machen, wie die Autoren Anton Maegerle und Heribert Schiedel in ei-

ner Studie über das arabisch-islamistische Bündnis mit Rechtsextremisten nachweisen. So feierten im vergangenen Jahr Neonazis aus Nordrhein-Westfalen im Internet einen Übergriff von Palästinensern auf eine Synagoge am 9. Oktober in Essen als „Reichskristallnachtstimmung“: „Am helllichten Tag haben aufgebrachte Palästinenser ... die jüdische Synagoge in Essen aufgesucht und versucht, diese zu demontieren. Mit Steinen, Flaschen und alles was man zum Werfen benutzen kann, ging der Sturm auf die Synagoge los. Ein paar aufgeschreckten Mitarbeiter der Synagoge gelang es zu ihrem Glück, die Luken dicht zu machen und sich verängstigt zurück zu ziehen. Könnte mir gut vorstellen, dass sie schon an eine gewaltsame Machtübernahme durch nationalrevolutionäre Kräfte gedacht haben.“

Schon seit längerer Zeit propagieren die Neonazis Solidarität mit den Palästinensern. Am 14. April 2001 marschierten hunderte Neonazis unter dem Motto „Für eine Welt freier Völker – Solidarität mit Irak und Palästina“ durch Jena. Über das Internet geben die Kameraden Tipps für die Solidaritätsarbeit. Im Forum der Homepage der Duisburger Jungen Nationaldemokraten wurde auf die Interneta-dresse www.intifadaonline.com hingewiesen. „Man kann dort den Freiheitskampf des von den Zionisten unterjochten palästinensischen Volkes unterstützen (sogar auch auf Deutsch)!!!“ Doch die Palästinenser gehen zunehmend auf Distanz zu diesen ungebetenen Unterstützern. So wurden Mitte April in München auf einer von der palästinensischen Gemeinde organisierten Demonstration rund 20 Neonazis, die mit Fahnen und Transparenten erschienen waren, von den Veranstaltern abgedrängt. In Berlin hat sich die Vereinigte Palästinensische Gemeinde in einem „Offenen Brief an die jüdischen Mitbürger“ unmissverständlich von jeglichen antisemitischen Übergriffen distanziert. *Peter Nowak*

Hinweis

Berlin – Zu dem Thema „Judenfeindschaft im Aufwind“ veranstaltet das Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) aktuell eine Podiumsdiskussion. Teilnehmer sind Prof. Werner Bergmann, Johannes Heil, Michael Kohlstruck und Juliane Wetzel vom ZfA, die Journalistin Elisabeth Bauschmid, der freie Publizist Richard Chaim Schneider sowie die frühere Berliner Kultursenatorin Adrienne Goehler.

Dienstag, 21. Mai 2002, 19.00 Uhr, Technische Universität Berlin, Hauptgebäude, Hörsaal 107.

Seitenblick**Verspieltes Erbe**

18 Prozent lautete die magische Zahl, die der Fallschirm springende NRW-Landesvorsitzende Jürgen Möllemann der FDP als Ziel für die Bundestagswahl vorgegeben hat. Begleitet von Kommentatoren und Kabarettisten, hat sich der FDP-Bundesvorsitzende Guido Westerwelle, zunächst sichtlich widerstrebend, dann aber um so bereitwilliger diese Zielvorgabe zu eigen gemacht. Bei den jüngsten Wahlen wurde dieses ehrgeizige Ziel (noch) nicht erreicht, immerhin mit 13,3 Prozent in Sachsen-Anhalt war wenigstens etwa die Größe erzielt worden, die vor vier Jahren die rechtsextreme DVU geholt hatte. Die 18 Prozent bekam Jean Marie Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich.

So langsam stellt sich der Eindruck ein, die FDP setze an, sich an solchen zweistelligen Vorbildern zu orientieren. Angefangen hat diese Bewegung mit den sehr antisemitisch wirkenden Ausfällen Jürgen Möllemanns, der Israel des Terrorismus beschuldigte. Sein Versuch, dies als Kritik an der israelischen Politik zu rechtfertigen, relativierte er mit Angriffen gegen Außenminister Joschka Fischer, dem er ein schlechtes Gewissen vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte vorhielt. Mit anderen Worten: er hielt uns Deutschen vor, Israels Politik zu lange kritiklos hingenommen zu haben. Wie diese Kritik auszusehen habe, machte der Düsseldorf-Neu-FDP-Abgeordnete Jamal Karsli alsbald deutlich, als er eine Presseerklärung verfasste mit der Überschrift „Israelische Armee wendet Nazi-Methoden an“. Um das Ganze noch etwas präziser zu fassen, schwadronierte er im Interview mit der „Jungen Freiheit“ von „moralischer Lähmung“ mit Bezug auf die „zionistische Lobby“ und deren Medienmacht.

Diese Töne sind uns von rechtsextremen Propagandisten sehr vertraut. Es will scheinen, als suche die FDP, deren Mitglied der verstorbene Zentralratsvorsitzende der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, war, Anschluss an die Frühzeit ihrer Partei zu Beginn der Bonner Republik. Damals standen Personen wie Ernst Achenbach oder Erich Mende für den Versuch, der FDP ehemalige Nazis zuzutreiben. Die Partei, die sich immerhin noch für liberal hält, riskiert ein Erbe zu verspielen, für das Namen wie Theodor Heuss und heute noch Hildgard Hamm-Brücher stehen. *Klaus-Henning Rosen*

Demokratische Initiativen**Aktiv gegen rechts****Strategien der Bundesregierung zur Eindämmung von Rechtsextremismus.**

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt ist eine der wichtigsten Aufgaben von Politik und Gesellschaft“. Dies betonte Bundesinnenminister Otto Schily bei der Vorlage des von der Bundesregierung am 8. Mai verabschiedeten Maßnahmenkatalogs zur Eindämmung von rechtsextremen und fremdenfeindlichen Aktivitäten. Der Bundestag hatte am 30. März vergangenen Jahres einen gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen, FDP und PDS verabschiedet, in dem die Regierung aufgefordert worden war, entsprechende Maßnahmen zu entwickeln, um Rechtsextremismus wirkungsvoll bekämpfen zu können. Nach Schilys Worten gelte es, bereits die Entstehung von rechtsextremer Gewalt zu verhindern. Voraussetzung sei, die kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen so zu gestalten, „dass gerade junge Menschen die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung achten und in ihrem Lebensumfeld verwirklichen“, hob der Innenminister hervor.

Ein Schwerpunkt liegt demzufolge in einer Bildungsoffensive gegen Rechts. Der Bundeszentrale für Politische Bildung steht für die Jugendarbeit im Bereich Rechtsextremismus in diesem Jahr ein Betrag in Höhe von 7,5 Mio EUR zur Verfügung, mehr als 20 Prozent ihres Gesamtetats. Durch Förderprogramme werden konkrete Projekte unterstützt: XENOS will die Ausgrenzung und Diskriminierung im Berufsleben bekämpfen und richtet sich an Betriebe, Verbände, Gewerkschaften, Kommunen und Berufsschulen. ENTIMON – „gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ – zielt darauf ab, Jugendlichen demokratische Werte und Zivilcourage zu vermitteln. CIVITAS, eine Initiative in den ostdeutschen Bundesländern, bietet aktive Hilfe für Opfer von rechter Gewalt an. Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gehört nach Ansicht der Regierung eine konsequente, zeitnahe und differenzierte Verfolgung und Ahndung von Straftaten. Projekte, die auf eine verbesserte Kommunikation und Kooperation von Polizei, Justiz und Jugendhilfe zielten, seien zu fördern. Auch für eine einheitliche Verfolgung rechter Straftaten im Internet will sich die Bundesregierung in internationalen Gremien nachhaltig einsetzen. *G.N.*

Demokratische Initiativen

Der klare Blick

Exponate thematisieren Rechtsextremismus im öffentlichen Raum.

Mehr als hundert Menschen sind in Deutschland seit 1990 durch rechtsextremistische Gewalt zu Tode gekommen. Die Namen und Lebensdaten dieser Menschen hat die Berliner Studentin Rebecca Forner zusammengetragen und zum Bestandteil einer außergewöhnlichen Ausstellung gemacht: „Anschläge“ ist sie übertitelt, und das ist durchaus doppelsinnig gemeint. Es bezieht sich auf die dokumentierten Anschläge auf Ausländer, Obdachlose oder „Zufallsoffer“ rechter Gewalt. Und gleichzeitig verweist der Ausstellungstitel schlicht auf den Ausstellungsort: Präsentiert wird „Anschläge“ nämlich am Bauzaun auf dem Gelände der Topographie des Terrors mitten in Berlin.

Der Ausstellung an diesem Ort gelingt etwas sehr Seltenes: Sie macht die Verbindung zwischen nationalsozialistischer Vergangenheit mit Gewalt gegen Ausländer und Minderheiten in der Gegenwart erfahrbar. Auf dem Gelände befand sich bis 1945 die Gestapo-Zentrale mit ihren Folterkellern. Die Mitte der achtziger Jahre ausgegrabenen Kellerreste beherbergen derzeit die Dauerausstellung „Topographie des Terrors“. Eigentlich sollte sie in naher Zukunft in ein neues Gebäude auf dem Gelände umziehen; doch viel mehr als neue Fundamente sind auf der Baustelle nicht zu finden.

Immerhin – dem verzögerten Baufortgang hat das Areal einen hölzernen Zaun zu verdanken, der nun bis zum 23. Juni Raum für die Exponate von sieben Studenten der Kunsthochschule Weißensee bietet. Rebecca Forners Dokumentation der weitgehend unbekannt gebliebenen oder vergessenen Opfer rechter Gewalt zieht dabei den Betrachter besonders stark in ihren Bann, auch weil zwischen Namen und Lebensdaten sowie Reproduktionen der wenigen vorhandenen Fotos in regelmäßigen Abständen Spiegel angebracht sind: „Täter?“, „Opfer?“, „Zuschauer?“ steht darauf. Abseits stehen und im stillen Kämmerlein betroffen sein, reicht eben nicht, wenn Wohnhäuser in Brand gesteckt werden – wie in Solingen, in Mölln oder in Lübeck.

Und es wirft ebenso ein Schlaglicht auf die Wahrnehmung rechtsextremistischer Gewalt, wenn Bun-

des- und Landeskriminalämter nach Bekanntwerden der Namen von über hundert durch Rechte ermordeten Menschen durch die Berichterstattung von „Frankfurter Rundschau“ und „Tagesspiegel“ ihre „offiziellen“ Opferzahlen von bis dahin 26 auf 38 korrigieren.

Auf Missverhältnisse anderer Art macht der Ausstellungsbeitrag von Fabian Hickethier aufmerksam: Er hat Verwaltungstexte reproduziert und die teilweise bedrohlich verformten Buchstabengebilde über gezeichneten Figuren drapiert. Eine klare Bildsprache: Bürokratie – gleich ob im Ausländer- oder Sozialamt – erdrückt Menschen. Sprache im eher plakativen Sinn steht im Mittelpunkt weiterer Ausstellungsteile: Da werden Werbeparolen der Nationalsozialisten auseinandergepflückt und mit aktuellen „Botschaften“ vermischt, um auf manch' erschreckende Nähe der Sprache hinzuweisen. Ein Stückchen weiter am 160 Meter langen Bauzaun wird der ganz alltägliche Rassismus unseres Sprachgebrauchs aufgegriffen und als Schwarz-Weiß-Collage umgesetzt.

Auslöser für die Ausstellung war ein Plakatwettbewerb, der Studenten deutscher Hochschulen zu künstlerischen „Anschlägen gegen Rechts“ aufforderte. An der Kunsthochschule Weißensee initiierte daraufhin Professor Alex Jordan im Wintersemester 2000/2001 ein Studienprojekt, an dessen Ende ein Internet-Tagebuch sowie die Ausstellung standen. Es sei ihnen wichtig gewesen, so Rebecca Forner bei der Vorstellung der Ausstellung, mit ihren Exponaten Rechtsextremismus im öffentlichen Raum zu thematisieren. Und der Bauzaun, der sich zwischen Wilhelmstraße und dem Martin-Gropius-Bau an der Niederkirchnerstraße entlangzieht, ist ein stark frequentierter öffentlicher Ort. Mit einzelnen „Kommentaren“ auf den Bildtafeln wollen die Studenten gelassen umgehen, da auch auf diese Weise etwas über die gesellschaftliche Wahrnehmung des Themas klar werde.

Das wurde freilich bereits am Eröffnungstag deutlich. Da spazierte ein mittelaltes Ehepaar mit Hund und Einkäufen wohl rein zufällig am Bauzaun entlang. Und die Aussage einer Collage, die sich mit dem Thema „Anpassung“ befasst, konterte der Mann mit der Bemerkung: „Ja, wenn sie sich doch bloß anpassen würden.“ – „Sie“, die Ausländer...

Gudrun Giese

„Anschläge“ am Bauzaun auf dem Gelände der Topographie des Terrors, bis 23. Juni 2002, täglich von 10.00 bis 20.00 Uhr.

Demokratische Initiativen**„Kiezspaziergang“****Ein lehrreicher Streifzug mit Wolfgang Thierse durch das jüdische Einst und Jetzt.**

Lange vor seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten unternahm Wolfgang Thierse gern „Kiezspaziergänge“, in unregelmäßigen Abständen stattfindende Streifzüge durch seinen Wahlkreis zu verschiedenen Themen. Der jüngste Spaziergang galt nicht zufällig gerade jetzt auf ausdrücklichen Wunsch Thierses den jüdischen Einrichtungen in Berlin-Nordost. Er traf sich mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlin, Alexander Brenner, und dem Direktor des Centrum Judaicum, Hermann Simon, am Friedhof Weißensee, dem größten jüdischen Friedhof Europas, an dessen Erhaltung junge Menschen unterschiedlicher nationaler, politischer und religiöser Provenienz in freiwilliger Arbeit mitwirken.

Hier sind unter anderem der Verleger Rudolf Moss und der „Tageblatt“-Chefredakteur Theodor Wolff, der Maler Lesser Ury und jüdische Persönlichkeiten des Berliner Wirtschaftslebens wie Garbaty, Kempinski und Hermann Tietz (Hertie, KaDeWe) beigesetzt. Eine Grabplatte erinnert an den jüdisch-kommunistischen Widerstandskämpfer Herbert Baum, dessen Gruppe 1942 eine antisowjetische Propaganda-Ausstellung der Nazis auf dem Lustgarten in Brand gesteckt hatte. Baum und seine 28 Mitstreiter wurden verhaftet und ermordet.

Vor der zweiten Station, dem alten Jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee, schloss sich eine interessierte Gruppe Studenten dem Spaziergang an. Zum Erstaunen der jüdischen Teilnehmer bot Wolfgang Thierse an, die Führung über diesen Friedhof zu übernehmen. Unmittelbar hinter der Friedhofsmauer, erklärte er, stehe das Haus in der Käthe-Kollwitz-Straße, in dem er seit Jahrzehnten wohne. Und der interessante Park habe ihn und seine Frau immer wieder zu Besuchen angelockt. Kein wichtiges Grab hat er dabei übersehen: Da liegt Meno Burg, der erste jüdische Offizier der preußischen Armee, dort, im Familiengrab Beer, der berühmte Komponist Giacomo Meyerbeer. Bankier Joseph Mendelssohn entstammt der Familie Moses Mendelssohn. Dicht an der Schönhauser Allee findet sich der schlichte Grabstein Gersons von Bleichröder, des Finanziers Bismarcks. Am an-

deren Ende des Friedhofs hat Max Liebermann seine letzte Ruhestätte gefunden. Thierse machte auf eine Platte am Wege aufmerksam. Sie markiert die Stelle, wo von den Nazis ermordete Deserteure verscharrt sind. Er zeigte auf das gepflegte Grab eines im Krieg gestorbenen Mädchens. Von ihrem noch lebenden Vater erfuhr er die Todesursache: Ihr wurde als Jüdin der Zutritt zum Luftschutzraum verwehrt. So fiel sie schutzlos einem Luftangriff zum Opfer. Alexander Brenner dankte für Thierses politische Friedhofführung und erinnerte vor allem die jungen Teilnehmer an die Inschrift am Gedenkstein am Eingang: „Hier stehst du schweigend. Wenn du dich wendest, schweige nicht.“

Vom Friedhof sind es nur wenige hundert Meter bis zum Haus Rykestraße 53, dessen dunkelrote Backsteinfassade in auffallendem Kontrast zum hell gestrichenen Putz der benachbarten Wohnhäuser steht. Ein breites Portal führt in den Hof, dessen Rückseite die – ebenfalls aus Backsteinen bestehende – Front der heute größten Synagoge Deutschlands bildet. Das prachtvoll ausgestattete Gotteshaus ist vor fast genau 100 Jahren in Form einer dreischiffigen Basilika bewusst als Hinterhaus angelegt worden, um es vom Straßenlärm entfernt zu halten. Dieser Tatsache ist es zu verdanken, dass es die „Reichskristallnacht“ überstand – die Nazis hatten Angst, dass die Straße abbrennt – und 1953 nach gründlicher Renovierung vom DDR-Landesrabbiner Martin Riesenburger als Friedenstagstempel neu geweiht werden konnte.

Nach dem Besuch wurde Thierse im Vorderhaus willkommen geheißen, das die amerikanische Ronald S. Lauder Foundation als Lehrhaus nutzt. Rabbiner Joshua Spinner, Direktor des Hauses, erläuterte den Gästen Sinn und Ziel der Lauder-Stiftung, die vom ehemaligen US-Botschafter in Wien gegründet wurde, um vor allem in Osteuropa jüdisches Leben zu erhalten und zu erneuern und Gemeinden zu unterstützen. Das Lehrhaus dient der Ausbildung jüdischer Lehrer und Erzieher und stellt höchste Ansprüche an seine je 12 bis 15 Studenten. Einer der ersten Absolventen, der in Ost-Berlin geborene und aufgewachsene junge Rabbi David Kern, informierte über den harten Alltag, zu dem neben dem Thora-Studium auch Aramäisch- und Hebräisch-Unterricht gehört. Am Ende hatten beide Seiten zu danken: die jüdischen Gastgeber für das vom Parlamentspräsidenten gezeigte Interesse, Wolfgang Thierse für den Einblick in ein Stück jüdischen Lebens jenseits von Kommerz-Klezmer und Souvenirläden.

Ralf Bachmann

NS-Vergangenheit

Durchgangsstation

Vor 60 Jahren begann in Holland die Jagd auf Juden. Vom Lager Westerbork aus rollten die Transporte in die Vernichtungslager.

Ein Begriff ist der Name vor allem für ältere Niederlande auch heute noch. Jüngeren hingegen sagt er weniger. Das mag auch daran liegen, dass die Gedenkstätte sich nicht gerade im Zentrum des Landes mit den großen Städten Amsterdam, Rotterdam und Den Haag befindet. Westerbork wurde im Oktober 1939 im Nordosten des Landes aufgebaut und diente ursprünglich humanitären Zwecken. Als nach der Reichspogromnacht vom November 1938 immer mehr deutsche Juden ins Ausland gingen, nahm der Strom der Verfolgten solche Ausmaße an, dass die Regierung in Den Haag Beschränkungen erließ. In der Folge kamen immer mehr illegal über die Grenze. Im Gegensatz zur Schweiz schickten aber die Niederlande die jüdischen Flüchtlinge nicht zurück in die Fänge von SS und Gestapo, sondern errichtete für sie ein sicheres Lager abseits der zentralen Provinzen – eben nahe der Stadt Westerbork in der Provinz Drenthe.

Als die Nazis das neutrale Land am 10. Mai 1940 überfielen, wohnten dort 750 Juden. Die Besatzer verlegten diese Menschen zunächst, brachten sie aber Ende Mai nach der Kapitulation des Königreichs zurück. Vorläufig änderte sich an der Lage der Insassen kaum etwas. Es blieb dem Justizministerium unterstellt. Die Kosten in Höhe von 1,25 Millionen Gulden musste das 1939 gegründete „Jüdische Flüchtlingskomitee in den Niederlanden“ bezahlen. Zum Jahresende 1941 lebten in Westerbork 1100 Flüchtlinge in 200 Baracken.

Ende 1941 – wenige Wochen vor der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 – begannen die organisatorischen Vorbereitungen für die „Endlösung“. Das Lager unterstand zwar weiter dem Justizministerium in Den Haag, die Besatzungsmacht begann aber trotzdem, Westerbork als Durchgangsstation für Juden nach Auschwitz herzurichten. Das Gelände wurde eingezäunt und um 24 große Holzbaracken erweitert. Am 1. Juli 1942 – also vor 60 Jahren – übernahm die deutsche Sicherheitspolizei die Kontrolle. Den Ordnungsdienst bildeten holländische Militärpolizisten und eine

SS-Kompanie. Erster Kommandant war der deutsche Verwaltungsbeamte Erich Deppner. Er wurde allerdings nach kurzer Zeit abgelöst. In Westerbork lebten nämlich auch Juden, die von der Deportation in die Vernichtungslager freigestellt waren. Der deutsche Jurist Hans Calmeyer hat dabei eine zentrale Rolle gespielt („blick nach rechts“ wird ihn in Kürze aus Anlass seines 30. Todestages ausführlich würdigen). Deppner hatte privilegierte Juden in den ersten Auschwitztransport geschickt, deren gleichfalls bevorzugte Verwandte im Lager blieben. Deshalb war es im Lager zu einem regelrechten Aufstand gekommen.

Vor 60 Jahren – am 14. Juli 1942 – begann in ganz Holland die Jagd auf Juden. Sie wurden aus ländlichen Gebieten in die nächsten größeren Städte gebracht und von dort nach Westerbork. Bereits tags darauf verließ der erste Personenzug mit etwa 1000 niederländischen Juden das Lager in Richtung Auschwitz. Niederländische Wissenschaftler haben errechnet, wohin die 100 000 von insgesamt 140 000 niederländischen Juden bis zum September 1944 verschleppt worden sind: fast 55 000 nach Auschwitz, 35 000 nach Sobibor, knapp 5000 nach Theresienstadt und etwa 4000 nach Bergen-Belsen.

Verglichen mit den großen Lagern im Nazireich, wie Sachsenhausen, Dachau, Buchenwald und anderen verlief das Leben in Westerbork relativ zivil. 1943 arbeiteten in den einzelnen Bereichen und Abteilungen ständig rund 6000 Häftlinge. Es gab einen Krankenbau mit 180 Betten, 120 Ärzten und weiteren 1000 Hilfskräften. Es herrschte kein Verpflegungsnotstand, weil die niederländischen Behörden regelmäßig Lebensmittel ins Lager schickten. Außerdem verfügte Lagerkommandant Konrad Gemmeker über einen Fonds, der aus beschlagnahmtem jüdischen Vermögen stammte. Berühmte Künstler sorgten für Kultur und Unterhaltung. Äußerlich also ein fast normales Leben. Dennoch bestimmten Angst und Suizide den Alltag. Jeder, der nicht freigestellt war, wusste, dass die Deportation kommt – irgendwann, aber unausweichlich. Weil die Züge – gegen Ende waren es wie überall veraltete Güterwaggons, die selbst für Pferde nicht mehr verwendet wurden – unaufhörlich bis in den Herbst 1944 rollten, traf der kanadische Spähtrupp bei der Befreiung am 12. April 1945 nur noch 876 Häftlinge an. Das Wachpersonal kam in Haft. Gemmeker wurde später von einem niederländischen Gericht zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Die Gedenkstätte gibt es erst seit 1983.

Heiner Lichtenstein

Am Rande**Stammtischniveau****Das Institut für Staatspolitik will sich als wissenschaftliche Einrichtung gerieren.**

Das aus dem politischen Umfeld der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ heraus entstandene Institut für Staatspolitik, Berlin veröffentlichte in seiner „Wissenschaftlichen Reihe“ als Heft 2 eine Broschüre mit dem Titel „Der Aufstand der Anständigen. Hintergründe und Erklärungsansätze“. Ihr namentlich nicht genannter Autor will darin die „laufende Kampagne gegen Rechts“ nicht nur kritisch beschreiben, sondern auch „eine gesamtgesellschaftliche Einordnung versuchen“ (S. 4). Die Präsentation der damit verbundenen Analyse erfolgt – wie die Bezeichnung der Schriftenreihe suggeriert – mit wissenschaftlichem Anspruch. Er lässt in Form und Inhalt einiges erwarten und gestattet eine darauf bezogene kritische Prüfung.

Zunächst aber zu den behandelten Themen und den formulierten Einschätzungen: Die Veröffentlichung beginnt mit einer Darstellung zu dem bis heute ungeklärten Rohrbombenanschlag in Düsseldorf im Juli 2000, der Ausgangspunkt für die als „Aufstand der Anständigen“ geltende „Kampagne gegen Rechts“ (S. 7) gewesen sei. Bereits in deren zeitlichem Vorfeld habe es „Etappen und Katalysatoren auf dem Weg hin zu dieser Kampagne“ (S. 10) gegeben. Diese werden gesehen im Wasser-Bubis-Streit, in der Holocaust-Konferenz in Stockholm, in den Sanktionen gegen die österreichische Regierungskoalition, in den Antirassismus-Initiativen der EU und in der öffentlichen Auseinandersetzung um den Tod eines kleinen Jungen in Sebnitz. Die „Kampagne“, so die Quintessenz des Textes, diene dem „linksliberalen Lager“ dazu, „sein Wertesystem, das auf einem multiethnischen Gesellschaftsbegriff fußt, weitgehend verbindlich zu machen“ (S. 36). Der Kampf gegen den Rechtsextremismus sei „eine edukatorische Kampagne ..., mit der die Deutschen auf die definitive Umwandlung Deutschlands in ein Einwanderungsland vorbereitet werden“ (S. 38) sollten.

Wie steht es nun um den postulierten wissenschaftlichen Anspruch? Formal gliedert sich der 48 Seiten umfassende Text in verschiedene Abschnitte, worin in der Regel Berichte und Kommentare aus anderen Quellen ohne eigene Analyse referiert

werden. Eine eigenständige geistige Leistung findet sich erst gegen Ende mit der Präsentation der erwähnten Deutung. In den einzelnen Abschnitten fehlt es an inhaltlicher Stringenz und Struktur. So vermischen sich etwa in dem Teil „Die Bombe“ Ausführungen über den Düsseldorfer Anschlag und deren öffentliche Wirkung mit Bemerkungen über die angebliche Entgrenzung des Extremismusbegriffs (vgl. S. 9). Gerade in dem letztgenannten thematischen Fall zeigt sich auch, dass der Verfasser der Broschüre zentrale Punkte der Definition von Rechtsextremismus nicht verstanden hat. Möglicherweise liegt dies an einer unkritischen und ungeprüften Rezeption von Aussagen aus zweiter Hand, möglicherweise an der mangelhaften inhaltlichen Durchdringung des thematisierten Problems. Für Letzteres sprechen die Ausführungen zum „Extremismus der Mitte“ beziehungsweise „Extremismus aus der Mitte“, wo die politischen und sozialen Dimensionen der Bezeichnungen ständig durcheinander geworfen werden (vgl. S. 28ff).

Die formalen Mängel gehen auch mit inhaltlichen Schwächen einher. Als grobschlächtig und stereotyp muss die verschwörungstheoretische Dimensionen annehmende Deutung des „Aufstand der Anständigen“ angesehen werden. Die erwähnten Ereignisse und Kontroversen gelten als Instrumente eines „linksliberalen Lagers“, das durch die Tabuisierung konservativer Vorstellungen die Umwandlung Deutschlands in ein Einwanderungsland vorbereite (S. 38f.) Statt mit einer differenzierten Analyse hat man es hier mit der Schlichtheit von Stammtischerklärungen zu tun. Die Unterstellung von Systematik und Zielgerichtetheit der „Kampagne“ lässt den Anlass für die öffentliche Empörung über Rechtsextremismus weitgehend ausgeblendet. Lediglich auf eineinhalb Seiten finden sich Ausführungen zum Ausmaß rechtsextrem motivierter Gewalt, wobei in der Überschrift vom „angeblichen Anstieg“ (S. 34) gesprochen wird. Im Text räumt der Autor aber durchaus einen Anstieg von 746 (1999) auf 998 (2000) ein. Angesichts eines derartigen formalen wie inhaltlichen Niveaus dürfte dieser Wissenschaftlichkeit beanspruchende Text noch nicht einmal für einen Leistungsnachweis im politikwissenschaftlichen Grundstudium reichen.

Der Autor dieses Artikels wird im Übrigen in der Broschüre des Instituts für Staatspolitik (S. 39, Anm. 104) aus einem 1962 erschienenen Aufsatz zitiert. Geboren wurde er aber erst 1963. Auch ein Beispiel für die angebliche wissenschaftliche Seriosität dieses Instituts. *Armin Pfahl-Traugher*

Bücherschau

Die Kronzeugin

Eine Ex-Rechtsextremistin packt aus

Unter die Autoren gegangen ist die frühere Rechtsterroristin Christine Hewicker. Sie veröffentlichte nun im Igel-Verlag das Buch „Die Aussteigerin“, das den Untertitel „Autobiographie einer ehemaligen Rechtsextremistin“ trägt. Auf 200 Seiten beschreibt die mittlerweile 43-Jährige ihren politischen Werdegang. Der führte sie in die Fänge der rechtsextremen NPD, später zu gewalttätigen Neonazis und dann für einige Jahre ins Gefängnis.

Unter rechtsextremen Einfluss geriet Christine Hewicker bereits mit 14 Jahren. Ein ehemaliger Mitschüler ihres ältesten Bruders war aus Berlin in das 2000-Seelen-Dorf in Niedersachsen zurück gekehrt, in dem Christine lebte. Er machte Propaganda für die NPD und zog neben vielen Jugendlichen ihre Brüder und in deren Gefolge Christine in seinen Bann. Als Aktivistin der Jungen Nationaldemokraten (JN) betrieb Hewicker Straßenagitation in einigen norddeutschen Städten. Meistens machte sie mit einem „Kameraden“ gemeinsame Sache, der rhetorisch gut geschult war. „Wie wichtig kam ich mir vor“, schreibt Hewicker, „wenn ich etwas ‘Intelligentes’ mit einwerfen konnte. Ja, ich war Wer!“

Durch persönliche Kontakte aus dem NPD- und JN-Spektrum geriet die junge Frau immer stärker in ein militantes Fahrwasser. Schon bald freundete sie sich mit den Neonazi-Führern Michael Kühnen und Christian Worch an. Von ihnen zeigte sie schwer beeindruckt. Der Grund: „Sie waren zielstrebig und wussten, was sie wollten. Sie waren nicht so spießig und ängstlich wie die meisten in der NPD, und sie nahmen mich gerne in die Gruppe auf, die sie jetzt mit anderen Freunden bildeten.“ 1977 lernte sie ihren späteren Ehemann Klaus-Dieter kennen, der damals noch als NPD-Kreisvorsitzender in Wolfsburg fungierte. Zugleich näherte sich Hewicker stärker der Aktionsfront Nationaler Sozialisten von Kühnen und Worch an.

In ihrer ideologischen Entwicklung stark beeinflusst wurde sie von Kurt Wolfgram. Er hatte, so behauptet es zumindest die Autorin, „eigentlich ständig Judenwitze oder antisemitische Sprüche auf Lager. Wenn man fast tagtäglich davon hört, wie niederträchtig die geldgierigen Juden mit dem deut-

schen Volk umgehen, glaubt man irgendwann auch an die Richtigkeit der Darstellungen.“ Kurt Wolfgram war einer von zwei Rechtsterroristen, die am 20. Oktober 1981 nach einem Schusswechsel mit der Polizei getötet wurden. In Begleitung mehrerer Gesinnungsgenossen war er auf dem Weg zu einem Banküberfall. Sie hatten sich ein Kreditinstitut ausgesucht, das bereits zuvor ihr Ziel gewesen war, damals erfolgreich. Verwickelt in diesen Banküberfall: Christine Hewicker, die 1983 zu einer sechsjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Hinzu kamen noch 17 Monate aus anderen Verfahren. Allerdings wurde die zweijährige Untersuchungshaft angerechnet. Bereits im Oktober 1985 wurde sie wieder aus der Haft entlassen.

Dieser Gang hinter Gefängnismauern war nicht ihr erster Kontakt mit der Justiz. Wegen Sprühaktionen hatte sie 1979 eine neunmonatige Jugendstrafe bekommen, die zur Bewährung ausgesetzt worden war. Kurze Zeit später stand sie wegen ganz anderer „Kaliber“ vor Gericht. Gemeinsam mit Paul Otte, Christian Worch, Volker Heidel und anderen wurde sie angeklagt. Der Vorwurf lautete auf „Bildung einer terroristischen Vereinigung“. Unter anderem soll die so genannte Otte-Gruppe versucht haben, den damaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg mit einem Sprengkörper zu ermorden. Das Verfahren gegen Hewicker sollte abgetrennt werden, doch durch die Flucht nach Frankreich im August 1981 kam es nicht mehr dazu. Lange konnte sie ihrer Bestrafung nicht entgehen. Noch im gleichen Jahr wurde Christine Hewicker – damals 23 Jahre alt – in Belgien verhaftet und nach Deutschland ausgeliefert. Während der mehrjährigen Haft wurde sie zunächst in ihrem Hass auf das „System“ bestärkt, schaffte aber bald darauf die Umkehr – auch aufgrund ihres wachsenden religiösen Bewusstseins.

Dass Hewicker in dem Endspurt ihres Buches ein flammendes Plädoyer gegen rechtsextremistische Tendenzen hält und zum gesellschaftlichen Widerstand gegen diesen Ungeist aufruft, ist begrüßenswert. Ihre braune Karriere liegt zwar schon viele Jahre zurück, dennoch ist sie eine wichtige „Kronzeugin“ für Nazi-Gegner. Der Verlag hätte allerdings gut daran getan, die 200 Seiten kritischer zu redigieren und lesbarer zu gestalten. Auch ein Personen- und Sachregister sowie ein kurzer chronologischer Abriss fehlen.

Thomas Klaus

Christine Hewicker, Die Aussteigerin – Autobiographie einer ehemaligen Rechtsextremistin, Oldenburg 2001 (Igel-Verlag), 14,90 Euro, ISBN 3-89621-144-7.

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Neue Schriftleiterin der „Nachrichten“ der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) ist Mareike Brauchitsch aus Berlin, einst Funktionärin der Ende 1997 aufgelösten Organisation Die Nationalen und Autorin der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ). Sie löste mit Erscheinen der April-Ausgabe der „HNG-Nachrichten“ den seit Januar 1999 amtierenden Schriftleiter Christian Wendt ab, der aus „privaten Umständen und beruflicher Arbeitsbelastung“ das Amt abgegeben hat.

■ **Berlin** – Das Verwaltungsgericht Berlin hat entschieden, dass der Ausschluss des neonazistischen „Radio Germania“ von der Nutzung des Offenen Kanals Berlin rechtmäßig ist. Der Medienrat hatte beanstandet, dass in einem Beitrag vom 29. Oktober 1999 der verstorbene Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, verunglimpft worden war. Weiterhin sei ein Beitrag über die so genannte „Reichskristallnacht“ inhaltsgleich mit einem Buch gewesen, das als jugendgefährdend indiziert und 1998 vom Amtsgericht Tübingen wegen Volksverhetzung beschlagnahmt wurde. Für das Projekt „Radio Germania“ stehen Mike Penkert und Rudolf Bachstein.

■ **Bielefeld** – Bernd Stehmann, führender Kopf der inzwischen verbotenen Skinhead-Organisation „Blood&Honour“, klagt in der neuesten Ausgabe seines Hochglanz-Fanzines „Unsere Welt“ über staatliche Maßnahmen. Das neue Heft sei bei der Einfuhr nach Deutschland beschlagnahmt worden und dadurch mit fünf Monaten Verspätung erschienen. Der Grund: Man hatte wieder mal Bilder abgedruckt, auf denen der Hitlergruß (Stehmann: „winkende Hände“) gezeigt wird. Trotzdem wolle man sich „nicht unterkriegen“ lassen „und natürlich weitermachen“.

■ **Bochum** – Das NPD-Landesschiedsgericht Nordrhein-Westfalen hat auf seiner Sitzung am 18. April dem Antrag des Parteivorstandes der NPD stattgegeben, die bisherigen NPD-Spitzenpolitiker Wolfgang Frenz und Udo Holtmann aus der Partei auszuschließen. Frenz unterhielt seit September 1961 Kontakte zum Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen. Zunächst war Frenz in der Deutschen Reichspartei aktiv, ab 1964 dann in der NPD.

Seit April 1965 war er Mitglied im NPD-Landesvorstand. Der Ex-NPD-Landesvorsitzende Holtmann, der 1966 der NPD beitrug und 1977 Mitglied des NPD-Bundesvorstandes und des Parteipräsidiums wurde, lieferte dem Bundesamt für Verfassungsschutz ab 1978 Insiderinformationen.

■ **Dortmund** – NRW-Innenminister Fritz Behrens hat die Dortmunder Polizei in Schutz genommen, unter deren Augen Mitte März unbeanstandet eines der größten Neonazi-Konzerte der letzten Jahre mit sechs US-amerikanischen und deutschen Bands stattfand (BNR 7/02). Ein Verbot oder eine Auflösung sei nicht möglich gewesen. Die Polizei habe vor und während der Veranstaltung nichts Strafbares festgestellt. Erst im Nachhinein habe der Verfassungsschutz erfahren, dass Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet worden sein sollen. Dass weit mehr als 1000 Zuhörer zu dem Konzert kommen konnten, führt das NRW-Innenministerium darauf zurück, „dass Informationen unter Nutzung des SMS im Schneeballverfahren verbreitet wurden; dessen Nutzung in diesem Umfang ist erstmals bekannt geworden“. Es müsse überlegt werden, wie man auf „ein neues Informations- und Alarmsystem in der rechtsextremistischen Szene künftig angemessen reagieren“ könne.

■ **Dresden** – Der Verlag Zeitenwende/HAGAL führt die zum Ende des vergangenen Jahres eingestellte „nonkonforme“ Zeitschrift „DESG-inform“ weiter. Die ehemaligen Abonnenten von „DESG-inform“ wurden vor einigen Tagen von dem Dresdner Verlag angeschrieben: „Der ehemalige Herausgeber von DESG-inform und der Verlag Zeitenwende vereinbarten nun, dass der seit Jahrzehnten bestehende Informationsdienst der besagten Publikation in der Zeitschrift HAGAL weitergeführt wird.“ Die Quartalsschrift HAGAL erscheint seit fünf Jahren und definiert die Linien des Blattes so: „Es werden der Moderne die Tradition und Kultur des Abendlandes in ihren verschiedenen Aspekten entgegengestellt.“ HAGAL, in den 30-Jahren hatte es eine gleichnamige Publikation der okkult-völkischen Edda-Gesellschaft gegeben, fungiert seit dem vergangenen Jahr als Zeitschrift der deutschen Sektion von SYNERGON.

■ **Essen** – Friedhelm Busse, Ex-Vorsitzender der verbotenen FAP, soll für 21 Monate hinter Gittern verschwinden. Das Essener Landgericht verurteilte den 73-Jährigen Ende April wegen Volksverhetzung. Zum Verhängnis geworden war Busse seine

Rede bei einer NPD-Demonstration am 1. Mai 2001 in Essen. „Wenn Deutschland erst judenfrei ist, dann brauchen wir kein Auschwitz mehr“, hatte er dort erklärt (BNR 10/01). Eine Bewährungsstrafe lehnte das Gericht unter Hinweis auf Busses zahlreiche Vorstrafen ab. Zuletzt war der Alt-Nazi, der öffentlich von Zeiten träumt, als man auf der Straße noch den Hitler-Gruß zeigte, als Redner bei Demonstrationen der NPD und der so genannten „Freien Nationalisten“ rund um Christian Worch aufgefallen – einer der wenigen Redner, die schon in ihrer Person für junge Rechtsextremisten eine Kontinuität vom historischen Nationalsozialismus bis hin zum aktuellen Neonazismus verkörpern.

■ **Halbe** – Der umtriebige Demo-Anmelder Christian Worch mobilisiert für einen „Trauermarsch“ am 17. November im brandenburgischen Halbe. In Halbe fand vom 24. April bis 1. Mai 1945 die letzte Kesselschlacht vor der Befreiung Berlins statt. Auf dem Waldfriedhof, einem der größten Kriegsgräberstätten in der Bundesrepublik ruhen 20 000 Angehörige der Wehrmacht, der Waffen-SS, des Volkssturms und der Hitlerjugend. Erstmals fand 1990 in Halbe ein Neonazi-Aufmarsch statt, der maßgeblich von der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen organisiert wurde. Überlebende Angehörige der Wehrmacht sind im „Förderkreis Gedenkstätte Halbe“ zusammengeschlossen. Vorsitzender ist Edwin Rapp (Pforzheim). Werbung für den Verein findet sich unter anderem in der „Deutschen Militärzeitschrift“.

■ **Karlsruhe** – Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den führenden Kopf der neonazistischen Karlsruher Kameradschaft und drei weitere Personen aus dem Umfeld. Dabei geht es um die Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen. Sie sollen über ihre Internetseite die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ verbreitet haben. Ende April wurden deshalb mehrere Wohnungen nach Beweismaterial durchsucht.

■ **Leipzig** – Gegensätzliche Entscheidungen in der Frage, ob die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ strafbar ist, trafen die Amtsgerichte Eisenach und Leipzig. Das Gericht in Eisenach belegte den 19-jährigen Christian R., einen der Organisatoren einer Neonazi-Demonstration am 20. Oktober 2001, unter anderem mit einer Geldauflage von 500 Euro und der Weisung, sich zwei Jahre lang von rechten Aufmärschen und Veranstaltungen fern zu halten. Das Amtsgericht Leipzig hingegen entschied,

die Verhandlung gegen den Neonazi Steffen Hupka wegen dieser Parole gar nicht erst zu eröffnen. Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat angekündigt, gegen diesen Beschluss Beschwerde beim Landgericht einzulegen. Während für den Eisenacher Richter die Ähnlichkeit mit den SS- und HJ-Parolen „Meine Ehre heißt Treue“ und „Blut und Ehre“ nicht zu übersehen war, meinte das Leipziger Gericht, der Spruch sei „den Leitlosungen der Waffen-SS und der Hitlerjugend nicht zum Verwechseln ähnlich“, wie dies das Strafgesetzbuch fordere.

■ **Marburg** – Mit Anzeigen in rechtsextremen Blättern wirbt der sich in Gründung befindende „Jugendbund ‘Adler’ e.V.“ um „Deutsche Jungen“ und „Deutsche Mädel“: „Kommt mit uns auf Fahrt und Lager, in Wald und Feld, in die Berge, an die See!“ Ansprechpartner ist der Pflanzenheilkundler Jürgen Wagner-Thüring aus Marburg. Wagner-Thüring ist Leserbriefschreiber in „Nation&Europa“, Autor im österreichischen „Eckartboten“ und Träger des Ehrenzeichens in Silber des Kärntner Abwehrkämpferbundes. Er war früher eng mit Richard Etzel befreundet, dem 1992 verstorbenen Vorsitzenden des „Deutschen Blocks“. Die Jugendorganisation des „Deutschen Blocks“ hieß Jugendbund „Adler“.

■ **Stuttgart** – Nach dem Tod seiner Bestsellerautorin „Britta Verhagen“ hat der Grabert-Verlag deren Identität gelüftet. „Verhagen“ ist das Pseudonym der Jugendbuchautorin Alberta Rommel (Stuttgart). Rommels erstes Buch erschien 1942 mit dem Titel „Sommerfahrt zu dritt“, ihr letztes Buch 1989 trug den Titel „Die Zauberin aus Venedig“. Als „Britta Verhagen“ publizierte sie beim Grabert-Verlag Bücher zur Religionsgeschichte der Vorzeit und Romane zur „frühen germanisch-deutschen Zeit“ wie „Kam Odin-Wotan aus dem Osten?“ oder „Die uralten Götter Europas“. Auch für die revisionistischen Vierteljahresshifte „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ griff die Autorin zur Feder.

■ **Tübingen** – Die im Grabert-Verlag erscheinende revisionistische Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik“ (DGG) ist mit der Ausgabe 1/02 in den 50. Jahrgang gegangen. In seinem Vorwort „Zwei Generationen Kampf um die geschichtliche Wahrheit“ betont DGG-Herausgeber, Wigbert Grabert: „Die Vierteljahresschrift kann damit auf ein halbes Jahrhundert zurückblicken, auf Jahrzehnte des Einsatzes gegen die verfälschende

Umerziehung der Sieger des Zweiten Weltkrieges mit ihren deutschen Helfern und des Eintretens für die historische Wahrheit.“ Laut Grabert wolle das „Sprachrohr der nationalen Erneuerung“ auch weiterhin gegen den „herrschenden volksfeindlichen Zeitgeist“ kämpfen, so Grabert. Neben einem neuen Layout soll Karl Richter („Opposition“, „Nation & Europa“) als zweiter Redakteur neben Rolf Kosiek für frischen Wind in dem angestaubten Blatt sorgen. Zu den Autoren der aktuellen Ausgabe zählen Claus Nordbruch, Hans-Werner Woltersdorf, Alain de Benoist und Emil Schlee.

■ **Viöl** – In der Reihe „Archiv-Edition“ des von Roland Bohlinger gegründeten Verlages für ganzheitliche Forschung ist ein Faksimile des 1929 erstmals erschienenen Einführungsbandes der Buch-Serie „Siggilla Veri. Ein Lexikon zur Judenfrage in 9 Bänden“ erschienen. Das antisemitische Machwerk berichtet unter anderem über „Leben und Tricks der Juden“ sowie deren „Gauner- und Räubersprache“. Weitere Kapitel gehen der Frage des „biologischen Unterschiedes zwischen primären menschlichen Arten, Rassen und Völkern und einer sekundären menschlichen Gegenrasse“ und der „Bedeutung eines dauernden Sozialparasitentums im Völkerleben“ nach. Gedruckt wurde das Buch in Tschechien.

Ausland

■ **Großbritannien (Burnley)** – In der nordwestenglischen Stadt Burnley hat die rechtsextreme British National Party (BNP) drei kommunalpolitische Mandate gewonnen. Landesweit erhielt die BNP, die mit 68 Kandidaten in 19 Kreisen angetreten war, bei der Kommunalwahl rund 18 Prozent der Stimmen. Zuletzt hatte die BNP, die traditionell enge Kontakte zu NPD/JN unterhält, 1993 im Bezirk Tower Hamlets im Osten Londons ein Gemeinderatsmandat erobert. BNP-Vorsitzender ist seit November 1999 Nick Griffin, vormals Mitglied der National Front. Der Cambridge-Absolvent erzielte bei den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr als BNP-Kandidat in der nordenglischen Stadt Oldham ein Ergebnis von über 16 Prozent. Die BNP hatte zuvor gezielt Unruhen in der von ethnischen Spannungen geprägten Stadt geschürt. In einem Interview mit dem NPD-Blatt „Deutsche Stimme“ prophezeite Griffin im März: „Solange das multirassische 'Experiment' weitergeht, wird auch die Gewalt andauern.“ 1998 wurde der britische Rechtsextremist wegen Aufstachelung zum Rassenhass zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
Heft 10-2002 Abo 401917

Antifaschistisches Pressearchiv und
Falkensteinstr. 46

10997 Berlin

■ **Italien (Predappio/Rom)** – Rund 5000 Personen haben am 28. April des Todestages von Benito Mussolini in Predappio im Osten der Emilia-Romagna gedacht. Tagtäglich finden sich dort bei der Mussolini-Gruft auf dem Friedhof Besucher aus aller Welt ein. Über dem Sarg thront eine Büste des Diktators, wenig davon entfernt liegt ein Gästebuch aus. Zeitgleich zum Aufmarsch in Predappio versammelten sich 300 Neofaschisten am Comer See, wo Mussolini am 28. April 1945 erschossen worden war. Auch in Rom sorgten Neofaschisten für Aufruhr. Am 27. April wurden in der Innenstadt zahlreiche Mussolini-Plakate geklebt, in denen dazu aufgerufen wurde, am „Duce-Obelisk“ vor dem Olympiastadion Blumen niederzulegen.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.